

Die Zeitschrift

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zeitschrift“ beträgt für In- u. Auslands-
besteller 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Wabellstr. 2-3.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und lassst Du selber ein Ganzes werden
***** Als dienendes Glied lassst Du ein Ganzes sein *****

Inserate: Die 6spalt. Zeitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postfachkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Der große Feldzug gegen die Verbraucher.

Die jüngst verflochtenen Wochen waren mit die verhängnis-
vollsten in der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Die große
Hollvorteile, mit Unrecht als kleine Hollvorteile bezeichnet, wurde
von den Regierungsparteien im Parlament durchgepeitscht. Sie
wird — mit Ausnahme einiger Kosten, — halb ins Leben treten
und zwei Jahre lang in Geltung bleiben. Die schlimmsten Ver-
fälschungen haben sich bewahrheitet. Ein „Lückenloser Kartell“
mit Hochschützungen für Landwirtschaft und Industrie, mit gesetz-
lichen Mindestpreisen für Vieh- und Fleischpreise und mit partei-
mäßig gebundenen Mindestpreisen für Getreide, ist zustande ge-
kommen. Die Regierung erhielt die Vollmacht, unter Aus-
scheidung des Reichslagesplenums neue Preise einzuführen und
die bestehenden zu erhöhen. Sie kann auch die Einfuhrzölle
wieder ins Leben treten lassen, damit den Großgrundbesitzern
der volle Ertrag der Schutzgüter gesichert werde, und sie alsdann
jeden Anreiz zur Intensivierung der Landwirtschaft verlieren.
Nichtbedeutend weniger wird die reaktionäre Regierung ihnen auch
diese Günst zuzubilligen.

Die Wirkungen der neuen Zollgesetze werfen ihre Schatten
bereits voraus. Die Teuerungswelle hat eingeleitet. Schon die
letzten Indexzahlen sowohl für den Großhandel wie für den
Lebensunterhalt zeigen beträchtliche Erhöhungen. Mitte Juli
zeigte der amtliche Gruppenindex für Agrarprodukte gegenüber
dem April eine Steigerung um 5,5 Prozent. Auch die Preise
für Industrieerzeugnisse sind bereits in der letzten Hälfte des Juli
gestiegen. Trotzdem war im Juli der Gruppenindex für Agrar-
produkte bereits höher als der Gruppenindex für Industrie-
erzeugnisse. Die Schere, das heißt das Mißverhältnis der Preise für
Industrie- und landwirtschaftliche Produkte war bereits im Juli
nicht mehr geschlossen, sondern zugunsten der Landwirtschaft von
neuem geöffnet. Der Index für Lebenshaltungskosten zeigte im
Monat Juli 43,3, eine Steigerung von 3,6 gegen Juni. Diese
Teuerung ist aber nur der Auftakt. Die Wirkungen der Zölle
werden sich erst später in ihrer vollen Macht fühlbar machen.
Dazu kommt die Neuordnung der Mieten, die laut Gesetz am
1. April 1926 mindestens 100 Prozent der Friedensmiete be-
tragen müssen. In der Tat werden die Mieten dann im all-
gemeinen mindestens 110 bis 120 Prozent der Friedensmiete
ausmachen. Im Reichsbudget wird die Mieten heute
75 bis 80 Prozent der Friedensmiete, so daß mit einer baldigen
Steigerung der Mieten um 30 bis 40 Prozent zu rechnen sein
wird.

Ein weiteres verteuernendes Moment liegt im Fortschreiten der
Kartellbildung. In den letzten Wochen erfolgte eine rapide Ver-
mehrung der bestehenden Kartelle. Als wichtigstes ist das Kar-
tell für Stabeisen zu verzeichnen. Bereits die Ankündigung der
Schaffung dieses Kartells hat bewirkt, daß die Stabeisenpreise
von 125 Mark auf 134 pro Tonne gestiegen sind. Eine Anzahl
neuer Eisenkartelle für die sogenannten B-Produkte für Band-
eisen, Grobblech, Feinblech usw. sind im Entstehen begriffen,
mit dem Zweck, die Preise hochzutreiben. Für die Aluminium-
walzwerke ist ebenfalls ein Kartell zustande gekommen. Die
neuen Zölle werden es ermöglichen, die Kartelle in einem noch
viel weiteren Umfang als bisher auszubauen. Wenn demgegen-
über der Zentrumsbundgeordnete Stegerwald den Verrat der Zen-
trumspartei an den Arbeitnehmern damit beschuldigen will, daß
man ein Kampf gegen die Auswüchse der Kartelle einleiten soll,
so kann man zur Beurteilung dieser Scheinheiligkeit nicht ge-
nugend scharfe Worte finden. Hat doch die Zentrumspartei mit
der Annahme der Zollvorlage den Breitschreibern der Kartelle
für und Vor geöffnet. Der Vorgang ist ähnlich dem, wenn
man Mäurer bewaffnet und sich dann darüber beklagt, daß sie
Waffen führen.

Zur weiteren Vertenerung führt die anhaltende Geldknapp-
heit. Diese verursacht zwar vorerst die Senkung der Preise,
weil die Lager infolge des Kreditmangels, bzw. des teuren
Kredits nicht gehalten werden können. Dauert aber die Geld-
knappheit längere Zeit, so werden die Preise infolge der Ver-
teuerung der Produktionskosten steigen müssen. Dies ist in der
Zeit der Fall, indem die Kreditquellen, vor allem was das Aus-
land betrifft, versiegen. Ausländische Anleihen kommen nur
sehr spärlich und für die Privatindustrie überhaupt nicht hinein.

Der Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns bedeutet in
dieser Hinsicht ein nicht geringeres Unglück für die Volkswirt-
schaft wie seinerzeit die Entschlingung dieses Konzerns auf dem
Boden der Inflation. Wichtiger als die in der Tagespresse er-
örterte Auseinandersetzung des einen Stinnes-Erben Edmund
Stinnes mit dem Bankensyndikat, ist wichtiger als die Frage,
ob die Banken an dem Zusammenbruch verdienen oder nur ihre

gefährdeten Forderungen retten werden, ist die Tatsache, daß die
Liquidierung des Stinnes-Konzerns der Volkswirtschaft riesige
Summen entzieht, die sonst produktiv verwendet werden könnten,
und daß sie das Vertrauen des Auslandes in die deutsche In-
dustrie schwer erschüttert hat. Das Ausbleiben der ausländi-
schen Anleihen ist mit einer Folge des Zusammenbruchs.

Der Sturz der Börsenwerte, eine Erscheinung, die vor
allem durch die Dividendenlosigkeit derselben und den hohen
Kreditzinsfuß, der die Gelbentlastung in Darlehen statt in Aktien
begünstigt und die Durchhaltung der Aktienpreise erschwert, be-
dingt ist, wurde durch den Zusammenbruch des Stinnes-Kon-
zerns weiter gefördert. Man kann heute füglich von einem
Verfall der Börse sprechen. Wenn man die Kurse von Anfang
Januar gleich 100 setzt, stellt sich der Gesamtindex, dem 157
Aktien zugrunde liegen, auf 63,4. Die Kapitalversorgung der
Wirtschaft wird aber durch die niedrigen Börsenwerte ver-
schlechtert, indem Neuemissionen oder Erhöhungen des Aktien-
kapitals nicht er-
folgen können. Die Meinungsstimmung der Wirt-
schaft hat neben dem Stinnes-Konzern auch andere Opfer ge-
fordert. Die Zahl der Konkurse war im Monat Juli mit 799
Konkursen und 359 Geschäftsaufschüben die höchste in diesem
Jahr.

Der vergangene Monat brachte auch die Verabschiedung der
Steuergesetze durch den Reichstag. Eine Erleichterung für die
Wirtschaft wird sie nicht bringen, indem das Reich weiter eine
Politik der Zehnerierung, das heißt Ansammlung von Geld-
reserven, betreibt. Wie diese überschüssigen Summen verwendet
werden, dafür zeugt das Geschenk von 700 Millionen. Auch
ein neues Geschenk, diesmal an die Grundbesitzer, wurde bekannt.
Die Agrarbank, welche als Nachfolgerin der Rentenbank am
5. August mit ihrer Tätigkeit begonnen hat, erhielt auf Kosten
der Steuerzahler ein neues Geschenk von 75 Millionen. Diese
Summe entspricht der Gewinnbeteiligung der Reichsbank an der
Rentenbank, worauf die Reichsbank jetzt verzichtet hat. Diese
Summe wird der Reichsbank aus Staatsmitteln ersetzt. Was
die einzelnen Steuererhöhungen anbelangt, so soll die Herabsetzung
der Umsatzsteuer auf 10 Prozent ab 1. Oktober erwählt werden
als ein kleiner Erfolg der Opposition. Angesichts der Höhe und
der Mißerhöhung wird diese Herabsetzung zur Abnahme der
Teuerung nicht fühlbar beitragen. Einem noch weiteren Abbau
der Umsatzsteuer wirkt der mit schwerer Mühe getroffene Finanz-
ausgleich zwischen Reich und Ländern entgegen. Diesem zufolge
erhalten die Länder ab 1. Oktober 75 Prozent von der Ein-
kommen- und Körperschaftsteuer und 35 bzw. 30 Prozent von
der Umsatzsteuer. (Wischer 90 und 20 Prozent.) Das Reich
müßte aber den Anteil der Länder in der Höhe von 2100 Mil-
lionen Mark für die folgenden Jahre durch eine Ausfallgarantie
und durch eine besondere Garantie ihre Teilnahme an dem mög-
lichen Mehrertrag der Einkommensteuer sichern. Mit Rücksicht
auf diese Garantien wird es dem Reiche schwer fallen, die Um-
satzsteuer weiter abzuhauen.

Die Ziffern für den Ausfuhrhandel zeigten für den Monat
Juni eine geringe Verschlechterung der Handelsbilanz. Es
wurden Waren im Werte von 1071 Millionen eingeführt und im
Werte von 687 Millionen ausgeführt, woraus sich ein Einfuhr-
überschuß von 384 Millionen ergibt. Die Ausfuhr ist gegenüber
Mai um 45 Millionen zurückgegangen. In der Einfuhr war
eine beträchtliche Zunahme bei Lebensmitteln und Getränken —
52 Millionen — und eine Abnahme bei Rohstoffen und halb-
fertigen Fabrikaten — 35 Millionen — zu verzeichnen. Der
Reichstag hat die Handelsverträge mit England und Griechen-
land, das Handelsprovisorium mit Belgien und das Saarab-
kommen angenommen. Letzteres unter der Bedingung, daß die
Frage des französischen Einfuhrverbots auf deutsche Kohlen, das
seitens Frankreich vor einiger Zeit erlassen wurde, geregelt wird.
Trotzdem ist die handelspolitische Lage Deutschlands weiter sehr
ungünstig. Der Handelsvertrag mit Spanien wurde unter dem
Druck der internationalen Gefährdung. Mit Polen geht der
Krieg weiter; die handelspolitischen Beziehungen zu Italien,
Holland, Rußland sind zweifelhafter Natur, mit Frankreich sind
die Verhandlungen ins Stocken geraten. Wenn man bedenkt,
daß die Handelsverträge mit England und den Vereinigten
Staaten nur reine Meistbegünstigungsverträge sind, welche ihren
Inhalt erst durch andere, vorerst nicht bestehende Handelsver-
träge gewinnen, so sieht man, daß die hohen Zölle der jüngst
angenommenen Zollnovelle in Wirklichkeit in Kraft treten
werden, das heißt, daß die deutsche Wirtschaft auf den hohen
Zöllen sitzen bleibt. Das liegt aber in der Absicht des Groß-
grundbesitzes und der Schwerindustrie.

aber noch eines Beweises bedurft hätte, dann hat der Gewerk-
schaftskongress in Breslau die Reaktionäre im gegnerischen
Lager und die Kleinläubigen bei uns eines anderen belehrt.

Am historischen Stätte, dort, wo Lassalle, der große Er-
wecker der Arbeiterklasse, geboren wurde und bestattet liegt, trat
das große Arbeiterparlament, der diesjährige Gewerkschafts-
kongress, zusammen. Breslau, die Metropole des Ostens,
schenkte der Arbeiterbewegung einen weiteren großen Sohn:
Theodor Dörf. Es war das erste Mal, daß ein Gewerkschafts-
kongress in der östlichen Seite des Reiches tagte. Breslau hat
sich als Kongreßstadt sehr würdig gezeigt. Der Ortsausschuß
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Breslau
hatte alles getan, um die Vertreter der Gewerkschaften im
schönen Gewerkschaftshaus würdig zu empfangen und durch zahl-
reiche Veranstaltungen in ihrem Gedächtnis das Andenken an
Breslau noch lange lebendig zu erhalten.

Der Begrüßungsabend wurde ausgefüllt von künstlerischen
Konzertdarbietungen, ausgeführt von einer 125 Mann starken
Kapelle freierorganisierter Berufsmusiker. Manche alten Kämpfer
und Weggenossen haben sich an jenem Abend wieder und frischen
alten Erinnerungen auf. Am Montag, den 31. August, fanden
am Grabe Lassalles feierliche Kranzniederlegungen statt. Vom
ADGB sprach Kollege Graßmann, vom Internationalen Ge-
werkschaftsbund Kollege Mertens-Brüssel. Ferner hielten noch

kurze Ansprachen die Genossen Torberg-Schweden, Marbion-
Dänemark, Schorch-Oesterreich, Dela Della Holland, Tauerle-
Tschechoslowakei, Dürr-Schweiz und Kuabshinske-Roten. Sie
alle hoben die Bedeutung des großen Toten hervor.

Inzwischen ging die Eröffnung des Kongresses vor sich.
313 Delegierte, Vertreter der Regierungen und Behörden, zahl-
reiche Gäste und Vertreter der Presse waren anwesend, als der
Genosse Leipart den Kongress der Gewerkschaften Deutsch-
lands als eröffnet erklärte. In seiner Begrüßungsansprache
konnte er darauf hinweisen, daß die Regierungen und Behörden
sich auch diesmal zahlreich eingefunden hätten. Er begrüßt die
anwesenden Herren und sprach den Wunsch aus, daß sie der Ta-
gung der größten Arbeitermacht Deutschlands das gebührende
Interesse entgegenbringen möchten. Kollege Leipart hieß ferner
die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen herzlich
willkommen. Diese waren gekommen aus Oesterreich,
Ungarn, Schweden, Dänemark, Holland, Polen,
Rumänien, Lettland, dem Memelland, der
Schweiz und der Tschechoslowakei. Den Interna-
tionalen Gewerkschaftsbund und zugleich die belgische Gewerk-
schaft vertrat der Genosse Mertens-Brüssel. Das Reichs-
arbeitsministerium und zugleich die preussische Staatsregierung
vertrat der Staatssekretär Geib. Kollege Leipart dankte den
Gewerkschaftsmitgliedern des Auslandes, die in schwierigen Zeiten
die deutsche Arbeiterkraft nicht vergessen haben und den Ge-
werkschaften durch materielle Unterstützung das Fortleben erst
ermöglichten. Als Vertreter der Stadt Breslau war der Ober-
bürgermeister Dr. Wagner erschienen. Die Provinz Schlesien
vertrat der Oberpräsident Genosse Zimmerer. Um nur die wich-
tigsten zu nennen, die hergekommen waren, um zu bezeugen, daß
ein solches Arbeiterparlament das Interesse der Öffentlichkeit
verdient. Nachdem Leipart auf die außerordentlich schwierigen
Verhältnisse der heutigen Zeit hingewiesen und der seit dem
letzten Gewerkschaftskongress verstorbenen Kämpfer gedacht hatte,
erklärte er den Kongress für eröffnet.

Als Vertreter des Ortsausschusses Breslau begrüßte Ge-
nosse Nuffert den Kongress. Er gab seiner Freude darüber
Ausdruck, daß die Gewerkschaften den Weg nach Breslau ge-
funden hätten und hob die Bedeutung der Arbeiterbewegung
Breslaus und der Provinz Schlesien im einzelnen hervor.
Der Oberbürgermeister Dr. Wagner entbot dem Kongress den
Gruß der Stadt Breslau. Breslau befand sich in einer schweren
Krise, nicht weniger als 25 000 Arbeitslose würde die Stadt in
den nächsten Tagen zu verzeichnen haben. Die Überwindung
einer solchen Krise sei ohne die Hilfe der erfahrenen Führer
der Gewerkschaften nicht möglich, deshalb begrüße er es, den
Kongress in Breslaus Mauern tagen zu sehen.

Im Namen des Reichsarbeitsministeriums und des Preu-
sischen Staatsministeriums richtete der Staatssekretär Geib
an den Kongress Worte der Begrüßung. Er entschuldigte das
Fernbleiben des Reichsarbeitsministers, der diesmal nicht er-
scheinen könne. Die schweren Jahre seit dem Leipziger Gewerk-
schaftskongress seien für die Gewerkschaften Jahre größter Kraft-
anstrengung gewesen. Daß die Gewerkschaften heute noch stark
und innerlich gefestigt dastehen, beweise von neuem die Lebens-
kraft, Daseinsberechtigung und Notwendigkeit der gewerkschaft-
lichen Organisation. Diese Tatsache wisse der Staat zu wür-
digen. Der Staat ist sich darüber klar, daß er auf sozialpoli-
tischem Gebiet unbedingt der freiwilligen und verantwortungs-
vollen Mithilfe der Gewerkschaften bedarf. Die Mitarbeit der
Gewerkschaften, gleichberechtigt mit der der Arbeitgeberverbände,
sei eine der notwendigen Grundlagen des neuen Arbeits-
rechts. Die großen sozialpolitischen Gesetzgebungsarbeiten, die für die
nächste Zeit vor uns stehen: Arbeitsrechtsgesetz, Arbeitslosen-
versicherung, Arbeiterschutzesgesetzgebung, lassen sich ohne die Zu-
sammenarbeit mit den Gewerkschaften nicht lösen. Deshalb
brachte das Reichsarbeitsministerium der Tagung besonderes
Interesse entgegen.

Der Oberpräsident der Provinz Schlesien, Genosse Zimmer-
er, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die schwierige
Lage Schlesiens als Grenzland hin, das besonders durch den
Krieg mit Polen hart mitgenommen wird. Es wäre dringend
zu wünschen, daß dieser Handelskrieg bald zu Ende gehen möge.
Auch er sei sich vollständig darüber klar, daß die sozialen Mä-
de der Zeit nur mit Hilfe der Gewerkschaften überwunden werden
können.

Genosse Mertens-Brüssel überbrachte die Grüße des
Internationalen Gewerkschaftsbundes und der gesamten übrigen,
auf dem Kongress vertretenen ausländischen Bruderorganisa-
tionen. Nach einleitenden Worten, die in deutsch vorgetragen
wurden, spricht Genosse Mertens in temperamentvollem fran-
zösisch. Die Rede wurde später vom Kollegen Zimmerer über-
setzt. Genosse Mertens würdigte die internationale Bedeutung
Lassalles und er freute sich, in dessen Heimatstadt reden zu
können. Er gedachte ferner der großen deutschen Männer: Marx,
Engels, Webels und Legiens. Deutschland sei das Mutterland
der Gewerkschaftsinternationale, dessen seien sich die Arbeiter
anderer Länder wohl bewußt. Hierauf ging Genosse Mertens
auf die internationalen Probleme der Arbeiterbewegung ein und
berichtete, daß die Arbeiter aller Länder sich im Kampfe um den
Achtstundentag befänden. Ferner sei vor allem die Jugendbewe-
gung von sehr großem Interesse. Er wünschte der gewerkschaft-
lichen Tagung den besten Erfolg, wobei er der Ueberzeugung
Ausdruck gab, daß dies mehr oder weniger für die Gewerk-
schaften aller Länder richtunggebend sei. Starker Beifall lohnte
den Redner für seine Ausführungen.

Das Internationale Arbeitsamt vertrat Direktor Donau-
Berlin. Er dankte für die Einladung des Kongresses und be-
tonte, daß das Internationale Arbeitsamt zum ersten Male auf
einem deutschen Gewerkschaftskongress vertreten sei. Das Ar-
beitsamt sei den deutschen Gewerkschaften für die tatkräftige
Unterstützung sehr dankbar. Es könne bei der kurzen Zeit seines
Bestehens über namhafte Erfolge berichten. Zahlreiche interna-
tionale Verträge zum Schutze der Arbeiter seien bereits ratifi-
ziert und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wäre
eine dringende Notwendigkeit für den Arbeiterschutz aller Länder.
Eine wesentliche Voraussetzung hierfür sei allerdings die Mit-
wirkung der Gewerkschaften. Genosse Leipart dankte dem Ver-
treter des Internationalen Arbeitsamtes und bemerkte, daß

Vom Gewerkschaftskongress.

Es ist doch etwas Großes, die freie Arbeiterbewegung. Man
läßt die Zeit vor dem Kriege um 50 Jahre zurück, wenn man
einen Gewerkschaftskongress von heute sieht. Ist es nicht, als
hätte man den Flügelschlag der Zeit, wenn der Vorsitzende des
Gewerkschaftsbundes den zu seinen Füßen stehenden Vertretern
der Regierung mit ruhigen, aber desto stärker tönenden Worten
den Ernst der Zeit ins Gedächtnis ruft und verkündet, daß die
organisierte Arbeiterklasse sich mit allen Mitteln gegen die Ver-
elendungabsichten der Unternehmer wenden würde. Klingt es
nicht ganz eigenartig, wenn der Vertreter einer Rechtsregierung
erklären muß, daß die Gewerkschaft... innerlich gefestigt seien,
dies beweise die Lebenskraft, Daseinsberechtigung und Notwen-
digkeit der gewerkschaftlichen Organisation? Es liegt in diesen
Redenerklärungen etwas Zukunftsreiches, Großes, wenn es
nur von den Arbeitern so verstanden würde.

Man spricht davon, daß der Einfluß der organisierten Ar-
beiterklasse im Schwünge begriffen sei. Und doch denken die
nervösen und überhasteten Beschlüsse der Unternehmer schon auf
das Gegenteil hin. Ihre Maßnahmen, die den Kampf zwischen
Kapital und Arbeit bis zur Siebende gesteigert, beweisen, daß
die geschlossene Macht der Arbeiterklasse fürchten. Wenn es

bisher die Gerichte in allen Fällen, in denen ein Kündigungs-
urteil erging, die Durchführung der Zwangsvollstreckung von
dem Vorhandensein eines ausreichenden Vermögens für den
Mieter abhängig machen, so wird dies nunmehr grundsätzlich aus-
geschlossen, wenn die Kündigungsfrage auf Verhältnissen durch
den Mieter, mittelbaren Gebrauch der Mietsache oder Verzug
mit Zahlung des Mietzinses gestützt ist. Lediglich bei Zahlungs-
verzug kann ein Kündigungsrecht dann zugebilligt werden, wenn der
Verzug auf unverschuldeter Forderung des Mieters zurückzuführen
ist (insbesondere soll dies bei Erwerbslosen und Sozialrentnern
Anwendung finden). Wird dagegen die Kündigungslage damit
begründet, daß der Vermieter den Mietraum dringend bedarf, so
hat es bei dem geltenden Recht mit der Abweisung sein Ver-
weilen, daß dann dem Mieter nicht ein angemessener Ver-
sehung nur ein ausreißender Gefahrraum zur Verfügung
stehen muß. Von Billigung eines Kündigungsrechts soll auch in
diesem Fall abgesehen werden, wenn die Verweisung eines solchen
eine unbillige Härte für den Mieter nicht darstellt.

Bei Untermietern werden die Mieterbestimmungen fast
vollständig aufgehoben, sofern es sich nicht um einen Wohnraum
handelt, in dem der Untermieter einen eigenen Haushalt führt.
Die Geltungsdauer des Mietervertrages in der abgelaufenen
Form ist bis zum 1. Juni 1927 verlängert.

Die Reichsregierung ist also drauf und dran, das Wohnungs-
wirtschaftsrecht zu beseitigen. Die Reichstagswähler erhalten
erweiterte Zustimmung, wie miserabel sie gewählt haben. Selbst-
lich trägt dies dazu bei, daß es in Zukunft anders wird.

Ursachen der Fleischteuerung.

Die Landwirtschaft führt augenblicklich alle möglichen Gründe
ins Feld, um die ungeheure Fleischpreisteigerung zu erklären.
Ausgesprochen weist man auf den Mangel an Schweinen hin, der
für die Steigerung der Schweinefleischpreise, die überhaupt
keine Grenzen mehr zu kennen scheint, verantwortlich sein soll.
Wie liegen nun die Dinge in der Wirtschaft? Die Fleischpreise,
die man jeden Tag von der Schweinefleischpreisteigerung erzählt, wird
nicht wenig überrascht sein zu erfahren, daß die Zahl der im
Deutschen Reich stattgefundenen beschlagnahmten Schlachtungen
größer ist als im Jahre 1924. Nach den Veröffentlichungen des
Statistischen Reichsamtes betrug die Zahl der beschlagnahmten
Schlachtungen im zweiten Vierteljahr 1925 rund 2822 720
Schweine gegenüber 2211 930 im zweiten Vierteljahr 1924 und
3088 858 im zweiten Vierteljahr 1913. Danach sind im zweiten
Vierteljahr 1925 rund 25,9 Proz. Schweine (beschlagnahmt)
weniger geschlachtet worden als zu derselben Zeit 1913. Gegen-
über 1924 ist aber festzustellen, daß sich die Zahl der beschlagnahmten
Schweinefleischschlachtungen um 27,63 Proz. gesteigert hat.
Der Hinweis der Landwirtschaft, daß im laufenden Jahr infolge
der angeblich zu niedrigen Preise für Schweine weniger Schweine
geopferlicht wurden als im Vorjahre, trifft also nicht zu, er
wird durch die reichsstatistischen Feststellungen allzu widerlegt.
Die Schweinepreisteigerung ist also nicht in natürlichen Ur-
sachen begründet, sondern stellt sich als glatte Auswucherung der
Bevölkerung dar.

In welchem Maße diese Auswucherung vor sich geht, wird
man wohl aus der Tatsache erkennen, daß im Jahre 1925 der
Verkaufspreis für Fleisch 45 Proz. des Einkaufspreises aus-
macht, gegen 25 Proz. im Frieden. Es liegt also eine Verteu-
erung von glatte 80 Proz. vor. Diese kann man nicht durch
Hinweise auf die gestiegenen Frachten und Schlachtungsgebühren,
die jetzt allerdings doppelt so hoch sind als im Frieden, erklären.
Es muß unbedingt eine Ueberlieferung und Preisüberhöhung
vorliegen, die nichts anderes als glatte Verderb ist.

Man kommt den Dingen näher auf die Spur, wenn man
folgendes berücksichtigt: Nach amtlichen Feststellungen waren auf
den Berliner Viehhöfen im Jahre 1914 238 Großschlächter tätig,
im Jahre 1925 aber 1400 Großschlächter. Alle diese Leute wollen
leben und wollen besser leben als vor dem Kriege. Braucht
man noch eine Erklärung für die gegenwärtigen Wucherpreise?
Regierung und Industrie haben in ihren Betrieben schonungs-
los Beamte, Arbeiter und Angestellte abgebaut, angeblich, weil
sie überflüssig waren. Gerade die Privatwirtschaft hat diesen
Abbau immer gefördert, um den Wirtschafts- und Staatsapparat
wieder rentabel zu machen. Wie denken diese Leute heute über
den Abbau in ihren Reihen? Und will die Regierung gar nichts
um, um diese Ueberfüllung, die jede Rentabilität unterdrückt
und sich in einem unerhörten Preiswucher äußert, zurückzu-
schrauben?

Zoll und Außenhandelsbilanz.

Das Reichswirtschaftsministerium veröffentlicht über den
deutschen Außenhandel im Monat Juli folgendes:

	Einfuhr:		Ausfuhr:	
	Juli	Juni-Juli	Juli	Juni-Juli
(in tausend Reichsmark)				
Gesamter reiner Waren- verkehr	1 154 067	7 541 768	742 888	4 860 050
Davon waren lebende Tiere	14 063	74 364	483	9 894
Lebensmittel und Ge- tränke	449 508	2 338 355	33 773	298 082
Rohstoffe u. halbfertige Waren	533 459	2 903 054	140 442	836 292
Fertige Waren	156 977	1 225 995	568 182	3 688 782

Die reine Wareneinfuhr weist im Juli gegenüber dem Vor-
monat eine Steigerung von 147 Millionen Reichsmark auf,
während die reine Warenausfuhr nur um 57 Millionen Reichs-
mark gestiegen ist. Die Bewegung erklärt sich aus der Annahme
des Zolltarifs. Die deutschen Großimporteure sind augenblicklich
dabei, möglichst viel Waren ohne Zoll nach Deutschland herein-
zubringen. Daraus erklärt sich auch die zunehmende Goldknapp-
heit, die wiederum ungünstig auf den Arbeitsmarkt einwirkt.

Ein gewerkschaftlicher Kartellvertrag.

Zwischen den Organisationen der Staats- und Gemeinde-
beamten, d. h. dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
und der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten einer-
seits und dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands
und dem Deutschen Verkehrsbund andererseits, ist ein Kartell-
vertrag zustande gekommen, der den Zweck hat, eine wirksame
gemeinsame Interessenvertretung herbeizuführen. Abgesehen
von dieser Interessensvertretung erstreckt sich die Zusammenarbeit
auf die Aufstellung und Verfechtung allgemeiner Grundsätze auf
dem Gebiete der Lohn- und Gehaltspolitik und des sozialen Ar-
beitsrechts.

Die Bewegungen zur Verbesserung der Bezahlung und Ent-
lohnung, zur Verkürzung der Arbeitszeit bezw. der Dienst-
leistungen sollen im enghen Einvernehmen miteinander geführt
werden, wie auch alle Maß-ahmen auf sozialpolitischem Gebiet getroffen
werden.

Bei Abwehrbewegungen unterstützen sich die Organi-
sationen nach Kräften moralisch und, soweit es die Verhältnisse
gestatten, auch finanziell nach den Grundsätzen gewerkschaftlicher
Solidarität. Alle wichtigen organisatorischen Veränderungen,
besonders Änderungen der Organisationsform, des orga-
nisierten Ausbaues und Ausbaues der Organisationsform werden ge-
meinsam beraten, ehe eine Beschlußfassung erfolgt.

Die Funktionäre der Organisationen sind verpflichtet, sich
in der Maitation innerhalb ihrer Maitationsbereiche tatkräftig
gegenüber zu unterstützen; bei der Abwehr gemeinsamer Nachteile
sollen sie sich gegenseitig Hilfe leisten.

In den Orten, wo eine der Organisationen Angestellte oder
aktive Funktionäre nicht besitzt, sind die Angestellten bezw. Funk-
tionäre der anderen Organisationen verpflichtet, den Mit-
gliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, soweit es die
Verhältnisse gestatten.

Die Beiträge und Unterstützungseinrichtungen sind mög-
lichst nach gleichen Bedingungen und Säben auszugestalten.
Die Bezirksleitungen und Landesverbände der Organi-
sationen sind gehalten, im Sinne der Vereinbarung und im
Geiste brüderlicher Kameradschaft zusammenzuarbeiten. Ab-
machungen und Vereinbarungen, die über das Vorstehende hin-
ausgehen, dürfen von den Bezirksleitungen und Landesverbänden
nur mit Einvernehmen mit den Verbandsvorständen ge-
troffen werden.

Die Arbeitsgemeinschaft soll in weiterer Auswirkung die
Organisationen näher zusammenführen, um gegebenenfalls eine
engere organisatorische Verbindung vornehmen zu können. Weitere
Organisationen, insbesondere die der öffentlichen Betriebe und
Verwaltungen, sowie des Verkehrs, können in der Gemeinschaft
Aufnahme finden, sobald die Voraussetzungen zur Erfüllung
vorhanden sind.

In einem besonderen Vertrag sind Richtlinien für die Mai-
tation festzulegen, um Gleichberechtigung unter allen Umständen
zu vermeiden.

Der Zweck und die Organisationsform ist hier auf dem
einzelnen wirtsch. und wirtsch. Wege der gegenseitigen Ver-
ständigung zu klären. Die Organisationen des öffentlichen und
privaten Verkehrs sollen sich keine Wege gegen die übrigen
Organisationen abschließen. Sie sollen vielmehr allen übri-
gen Organisationen des öffentlichen Verkehrs und Verwaltungen
und des Verkehrs den Weg zum Anschluß offen, um zu ge-
meinsamer Zeit als Einheitsorganisation des Verkehrs im weite-
sten Sinne zusammenzuschließen. Die Dinge sind im Blick, der
Weg ist offen und das Ziel ist klar.

An die Delegierten zur General- versammlung!

Zum Empfang der Delegierten und zur Ausgabe der Quar-
tierkarten haben wir in Magdeburg ein Lokalkomitee gebildet,
das sich am Sonntag, den 19. September, den ganzen Tag
über im Tagungslokal

„Wilhelma“, Magdeburg-Neustadt, Lübeckstr. 129

den Delegierten zur Verfügung hält.

Die Delegierten werden gebeten, nach ihrer Ankunft in
Magdeburg sich unmittelbar beim Lokalkomitee zur Entgegen-
nahme ihrer Quartierkarten zu melden.

Diejenigen Delegierten, die am Hauptbahnhof ankommen,
benutzen die Straßenbahnlinie Nr. 10 und fahren ohne Umzu-
steigen bis zum Tagungslokal Magdeburg-Neustadt, Lübeck-
straße 129.

Vom Hauptbahnhof können auch die Linien Nr. 7, 9 und 11
benutzt werden. Wer diese benutzt, fährt bis zum Staats-
bürgerplatz und steigt dort in die Linie Nr. 1 um, die bis zum
Tagungslokal fährt.

Delegierte, die am Bahnhof Magdeburg-Neustadt ankommen,
benutzen sich zu Fuß links unter die Eisenbahnbrücke durch die
Eisenbahnstraße bis zum Tagungslokal in der Lübeckstraße.
Der Weg ist nur wenige Minuten lang.

Das Lokalkomitee.

August Zander. Hermann Helmede. Friedrich Schulze.

Wirtschaftliches.

Die Entwicklung des deutschen Messens. Vor dem
Krieg war Leipzig der Hauptmessort. Nach dem Kriege wurden
abgehalten: Im Jahre 1922 34 Messen, 1923 74 Messen und
1924 112 Messen. Die sieben größten Messen waren: Leipzig
1924 1925 von Ausstellern besucht: Leipzig 1924: 12 600,
1925: 14 000, Frankfurt 1924: 3035, 1925: 2638, Köln 1924:
2600, 1925: 2050, Königsberg 1924: 1570, 1925: 1420, Breslau
1924: 1300, 1925: 1100, Kiel 1924: 1050, 1925: 370, Weisel 1924:
941, 1925: 376. Leipzig übertraf also die sechs nach ihm be-
denklichen Messen 1924 mit 12 600 Ausstellern gegen zusammen
10 496 Aussteller der anderen Messen um 15 Proz., 1925 mit
14 000 Ausstellern gegen zusammen 7914 Aussteller der anderen
Messen um 75 Proz.

Preiswucher statt Preislenkung. Es ist wie ein Hohn auf
die Preislenkungsaktion der Regierung Luther, daß der Pen-
tralverband deutscher Konsumvereine genötigt wird, immer neue
Beschwerden über die Preispolitik gewisser Kartelle an die
Reichsregierung zu richten. Kürzlich unterbreiteten wir unse-
ren Lesern schon, daß ein bestimmtes Kohlenkartell in Hand
in Hand mit den Kohlengrößhändlern die Konsum-
genossenschaften zwingen wollte, den Verbrauchern viel zu hohe
Preise abzunehmen. Seitdem mußten ähnliche und teils noch
drastischere Fälle der Regierung vorgebracht werden. Gest
doch die Diktatur so weit, den Konsumvereinen sogar verbieten
zu wollen, ihre Mitglieder durch Preisangelegenheiten über die
Preisbeschlüsse politisch der Kartelle und Händlervereinigungen
zu unterrichten. Dabei wird wirklich der reine Wucher ge-
trieben, wenn, wie z. B. von einem Konsumverein verlangt
wird, für eine bestimmte Sorte Kohlen von den Mitgliedern
2,10 Mk. pro Zentner zu fordern, obwohl der Einkaufspreis
nur eine Mark und 7/8 Pfennig beträgt. Da soll und kann die
Regierung zucken, da kann sie Preisabbau treiben, wenn sie
den Kartellen und Händlern solche Geschäftspraxis unterbindet.

Die Konzentrationsbewegung deutscher Unternehmungen.
Die „Wirtschaftskurve“ berichtet in ihrem jüngst erschienenen
zweiten Heft über die Konzentrations- und Ausdehnungsbeweg-
ung deutscher Unternehmungen in den Monaten Februar bis
Mai 1925. Bei Beobachtung des Tatsachenmaterials lassen sich
folgende Grundzüge der Entwicklung erkennen: 1. Auffallend
häufig war in dieser Periode der Besitzwechsel von Aktienpaketen;
viele Konzerne haben sich einzelner Unternehmungen entledigt,
um sich dadurch flüssige Betriebsmittel zu verschaffen. Die Ver-
äußerungen des Otto-Wolff, des Sichel-Konzerns, des Nord-
deutschen Lloyd usw. sind für diesen Vorgang sehr bezeichnend.
Auch haben Textilkonzerne (Gebrüder Simon, Vereinigte Tex-
tilwerke, Wasserkräftenlagen (Fritz Reumayer A.-G.) Betriebe
abgestoßen. 2. Die horizontale Zusammenfassung der Betriebe
machte in der Kleinteile- und chem. Industrie, die vertikale Kon-
zentration in der Textil- und Montanindustrie einigen Fort-
schritt. 3. Sehr erheblich war in der Berichtsperiode die Be-
teiligung des Auslandes. Vor allem waren Abkommen für den
Ausbau der Erzförderung zustande gekommen, wie zum Beispiel
zwischen den Siemens-Schuckert-Werken und der Westinghouse
A.-G., New York, außerdem in der Kabel- und der Porzellan-
industrie. Die Motorenwerke Mannheim, vormals Benz,
haben mit dem amerikanischen Bethlehem-Stahlwerk ein ähnliches
Abkommen getroffen. Andererseits war eine Ueberwindung
deutscher Unternehmungen in größerem Umfang zu beobachten
durch ausländische Beteiligungen in der Textilindustrie, im Bank-
und Baugewerbe, in der Tabakindustrie. Im Falle der Eisen-
felder Textilwerke war die amerikanische Beteiligung mit einer
Zwei-Millionen-Dollar-Anleihe verknüpft. Auf der anderen
Seite erwarben deutsche Unternehmungen in der chemischen In-
dustrie, im Baugewerbe und im Kohlenhandel (Stinnes) aus-
ländische Beteiligungen. 4. Auffallend ist die große Ausdehnung

des Stinnes-Konzerns in dieser Periode. Weit entfernt vom
Abbau, hat sich der Stinnes-Konzern noch in den vergangenen
Monaten eine große Anzahl von Unternehmungen in der chemi-
schen, der Petrochemieindustrie (Dea-Werke), in der Eisenindustrie
(vor allem Harpener Werke) in der chemischen Industrie an-
gegliedert. Der Michael-Konzern hat einige Industriebetrie-
bungen abgestoßen, dagegen im Versicherungswesen und Baugewerbe
weiter Fuß gefaßt. 5. Es wurden wieder mehrere Abkommen
zwischen Schiffahrtsgesellschaften zur Ausschaltung der Konkur-
renz auf bestimmten Seestrecken (Liniendienst, Santos
usw.) abgeschlossen.

Veränderungen des deutschen Außenhandels seit dem Kriege.
Eine anschauliche Zusammenstellung von Dr. A. Perle
veranschaulicht die wesentlichen Verschiebungen des deutschen
Außenhandels seit dem Kriege. Der Gesamtwarenhandel wurde
in dieser Untersuchung auf die Wertgrößen zurückgeführt.
Folgende Tatsachen verdienen Beachtung: 1. Der Anteil der
einzelnen Warengruppen an dem Gesamtwarenhandel
ist heute gegenüber dem Vorkriegszustand sehr verändert:
a) Lebensmittel und Getränke werden im Verhältnis-
zur Gesamteinfuhr mehr eingeführt als im Frieden (30,4 Proz.
der Gesamteinfuhr 1924 gegen 24,9 Proz. im Frieden) und
weniger ausgeführt (6,5 Proz. gegen 10,5 Proz. im Frieden).
Die Veränderung hängt mit dem Verlust von Ueberflus-
gebieten zusammen: b) der Anteil der Ein- und Ausfuhr an
Rohstoffen und Halbfabrikaten ist gesunken, beide
um gegen 6 Proz. In dieser Gruppe ist die Unterbindung der
Kohlenausfuhr von Wichtigkeit: c) der Anteil der Fertig-
waren ist sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr ge-
stiegen: es entfielen früher 1917, jetzt 1925 Proz. der Gesamt-
einfuhr auf die Einfuhr von Fertigprodukten; der Anteil der
Ausfuhr von Fertigwaren stieg von 66,5 auf 77,2 Proz. Es
zeigt sich, daß die deutsche Einfuhr in der neuen Lage noch mehr
als früher auf Fertigprodukte eingestellt ist und bleiben muß.
2. Die Reparationsgläubiger nehmen weniger Waren von
Deutschland auf, nicht nur in absoluten Ziffern, sondern auch
im Verhältnis zu anderen Ländern. Bei England früher 14,2
Prozent der deutschen Gesamteinfuhr angenommen, so kaufte
es 1924 nur 9 Proz.; Frankreich statt 7,8 Proz. vor dem Kriege
jetzt 1,8 Proz.; Belgien statt 5,5 Proz. nur 1,4 Proz.; Italien
statt 3,9 Proz. nur 3,7 Proz. Dagegen kaufte Deutschland 1924
von England und Italien relativ mehr als vor dem Kriege, von
Frankreich und Belgien relativ weniger. 3. Was bedeuten die
abgetrennten Gebiete für den deutschen Außenhandel? Deutsch-
land führte 1924 von diesen Gebieten Waren im Werte von 7,7
Millionen ein (512 Millionen aus Elsaß-Lothringen, 239 Milli-
onen aus Ostpreußen, Litauen) — 10,5 Proz. der deutschen Ge-
samteinfuhr. Die Ausfuhr nach diesen Gebieten betrug 32
Millionen Mark — 4,9 Proz. der Gesamtausfuhr — es liegt
hier also ein Einfuhrüberschuß von 650 Mill. vor. 4. Was die
Rolle der einzelnen Erdteile betrifft, so ist der Anteil Europas
an der deutschen Einfuhr ungefähr unverändert geblieben, der
Anteil der Ausfuhr nach europäischen Ländern aber zurück-
gegangen (von 76,1 auf 72,5 Proz.). Es ist sehr auffallend, daß
die westeuropäischen Staaten von Deutschland weniger kaufen
(23,6 Proz. gegen 34,4 Proz.), dagegen mehr verkaufen (25,
Proz. gegen 19,8 Proz.) als vor dem Kriege. Nach den Ver-
einigten Staaten ist der Anteil der deutschen Ausfuhr ungefähr
derselbe geblieben, während sich die Einfuhr nach Deutschland
gehoben hat. Umgekehrt in bezug auf Südamerika, wohin ein
größerer Teil der deutschen Ausfuhr, ein geringerer der deut-
schen Einfuhr gerichtet ist, als vor dem Kriege. Dasselbe trifft
für Asien zu: aus Asien wird verhältnismäßig weniger aus-
geführt, nach Asien mehr eingeführt als vor dem Kriege. Der
Anteil Afrikas an der deutschen Ein- und Ausfuhr ist ungefähr
der gleiche geblieben wie vor dem Kriege.

Soziales.

Ueber die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft. Ueber
diesen Gegenstand schreibt Helmut Stammer in „Kontraste
Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“. Ohne eine
Theorie und Einstellung zur Frage zu eigen zu machen, ist
es von Interesse, einige anschauliche Ergebnisse seiner Arbeit
herauszugreifen. Der Verfasser hat die Angaben eines großen
Konzerns in der Metallindustrie mit hunderttausend Arbeitern
geprüft. Es hat sich ergeben, daß die Unfallversicherung, die im
Jahre 1914 1,4 Proz. der gesamten Löhne und Gehälter aus-
machte, 1924 nur 0,49 Proz. betrug — eine über 50 Proz. Er-
mäßigung gegenüber dem Frieden. Bei der Unfallversicherung
entfielen 1913 auf 1000 Mk. Gehalt 26,40 Mk., 1924
nur 14,30 Mk. Auch hier ist eine Abnahme auf beinahe die
Hälfte eingetreten. Bei der Invalidenversicherung entfielen auf
100 Mk. Lohn 9,20 Mk. vor dem Kriege, 1924 16,40 Mk., hier
ergibt sich eine Steigerung um 75 Proz. Es wurden nämlich
die Beiträge bei über 25 Mk. Wochenlohn verdoppelt und die
meisten Arbeiter fielen unter diese Kategorie. Die Erwerbs-
losenfürsorge kostete 0,68 Proz. der ausgezahlten Lohn- und
Gehältern.

Bemischtes.

Das sind Gehälter! Was dem deutschen Michel seine viel-
geliebten „Heerscher“ jährlich kosteten, zeigen folgende Zahlen:
Der deutsche Kaiser 220 000 Mk., der König von Bayern
6 845 000 Mk., der König von Sachsen 3 408 000 Mk., der König
von Württemberg 2 407 000 Mk. In Summa noch es aber 22
solcher Landesfürsten. Die Großherzöge stellen sich im ganzen
auf 4 600 000 Mk.; die Herzöge auf rund 3 000 000 und das
fürstliche Kleingeld auf 6 352 000 Mk. Zu allem Ueberflus
waren diese Leute alle miteinander vollständig steuerfrei! Zu-
sammen machte das für Deutschlands Steuerzahler alljährlich
55 Millionen Mark, wobei die Ausgaben der beschickungs-
losen Kronprinzen und Prinzen nicht mitgerechnet sind. Wie
bedeuten nehmen sich dagegen die Präsidentengehälter der
deutschen Republik aus. Gehalt und Aufwandsentschädigung
des Reichspräsidenten Ebert betrugen zusammen 53 510 Mk.,
während demgegenüber das Gehalt des jetzigen Reichspräsidenten
Hindenburg schon 60 000 Mk. beträgt. Zu diesen 60 000 Mk.
Gehalt kommt noch eine Aufwandsentschädigung von 120 000
Mk., so daß die Gesamteinnahme Hindenburgs 180 000 Mk.
beträgt, also rund 130 000 Mk. Mehrausgabe für Hindenburg
gegenüber Ebert. Auch die Einnahmen der prominenten Schau-
spieler können sich sehen lassen. In einem Proseß vor dem
Landgericht I. Berlin, wurden sie erwähnt. Während die
Mindestgage eines nichtprominenten Schauspielers 165 Mk. im
Monat beträgt, verlangt Michael Bohnen 30 Proz. der Ein-
nahme unter Garantie einer Uebengage von 8000 Mk. Die
Verkauf verlangt pro Abend 17 500 Mk., Fritz Massary 30 Proz.
der Einnahme unter Garantie einer Mindestengage von
2750 Mk., ihr Ehegatte Pallenberg 1600 Mk. Gage pro Abend.
Das Ehepaar Wolff-Pallenberg hat in einem Monat mehr
als 400 000 Mk. Einkünfte gehabt, davon Pallenberg allein
in zwölf Tagen 129 000 Mk. Trotz der hohen Summe, die er bezog,
hat Pallenberg gegen Reinhardt einen Netobetrag von 15 000
Mk. eingekauft. Im Jahre 1913 bezog die höchste Gage in
Berlin Frau Massary, nämlich 36 000 Mk. jährlich; heute er-
hält sie 82 000 Mk. monatlich. Joseph Kainz hat feinerzeit
24 000 Mk. Monatssumme 48 000 Mk. im Jahre erhalten.

Alle vorurteilslosen Beobachter stimmen darin überein, daß
für die Erziehung der Arbeiter zu selbständigen Männern und
freien, gleichwertigen Bürgern nichts so viel geleistet hat als die
Gewerkschaftsbewegung. Prof. Dr. Perle.

Aus unserem Verusf.

Die Nachrichten über den Ausfall der Leipziger Messe sind sehr spärlich und vorläufig beim Schreiben dieser Zeilen noch sehr unklar. Teilweise soll die feinfaserige Industrie, teilsweise nicht besonders abgegrenzt haben. Worauf sich dieses teilweise bezieht, ist noch nicht zu erkennen. Vor Beginn der Leipziger Messe schrieb Generaldirektor Singer von der Porzellanfabrik Trautwein im „Leipziger Tageblatt“ folgendes:

„So vermag ich der bevorstehenden Leipziger Herbstmesse kein glänzendes Horoskop zu stellen. Ich muß aber doch die Überzeugung aussprechen, daß der Qualitätsgebaude — den in immer steigendem Maße auch die Arbeiterschaft sich zu eigen gemacht hat — mindestens den Vorteil für die Einkäufer und Besucher der Messe zeitigen wird, daß derjenige, der Qualitätspore braucht, sie auf der Welt nirgendwo besser kaufen kann als bei der deutschen Industrie auf der Leipziger Messe. — Es muß als bewundernswürdig bezeichnet werden, daß die wirtschaftlichen Misserfolge der letzten anderthalb Jahre diesen Qualitätsgedanken nicht zu ersticken vermochten, sondern daß im Gegenteil Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Industrie weitestgehend in dem Bestreben, den Qualitätsgebaude zum Siege in der ganzen Welt zu verhelfen. — Und dieses Bestreben muß und wird seinen Lohn finden.“

Hierin liegt zweifellos auch eine Anerkennung für die Arbeiterschaft, was wir hiermit registrieren.

Vonn. Die Westdeutsche Porzellanfabrik in Duisburg bei Vonn hat Anfang Juli die Dreher und Brennhäuserarbeiter ausgesperrt, weil sie die Dreistigkeit begehrt hatten, mehr Lohn zu fordern. Man drohte mit der Polizei, falls die Arbeiter nicht den Betrieb verlassen. Die Arbeiter gingen und nahmen den ihnen aufgezwungenen Kampf auf. Acht Wochen dauerte der Kampf; mühsam hielten die Kollegen zusammen. Die Kollegen haben nun den Kampf abgebrochen. Die Fabrik Vonn warnt, Arbeit bei der Westdeutschen Porzellanfabrik in Duisburg bei Vonn anzunehmen, weil mit den dort gezahlten Hungerlöhnen bei der großen Teuerung, die in Vonn herrscht, keine Existenz kann. Vonn ist fast die teuerste Stadt im besetzten Gebiet. Also Vorsicht! Jeder, der nach Vonn will, soll vorher bei der Fabrikstelle Erkundigungen über Vonnener Verhältnisse einholen.

Mannheim. Die in Mannheim am 30. August 1925 tagende Bezirkskonferenz war die erste seit der Inflation. Es waren Delegierte erschienen von den Fabrikstellen Hornberg, Zell a. Harmsbach, Grünstadt, Darmstadt, Karlsruhe, Germersheim und Neuenheim. Die Fabrikstellen Schramberg, Ludwigshafen und St. Georgen hatten sich entschuldigt. Kollege Linke, Vonn, war als stellvertretender Gauleiter auch anwesend. Die Tagesordnung lautete: 1. Gauleiterfrage. 2. Tarifwesen und Lohnverhandlung. 3. Verschiedenes. Sämtliche Delegierte waren für Anstellung eines Gauleiters für Süd- und Westdeutschland und wurde dies auch einstimmig angenommen. Im Tarifwesen schlossen sich alle Delegierten der Fabrikstelle Dresden-Friedrichstadt an. Auch sollten die Email- und Silbermalereien mit erörtert werden. Es kam auch folgende Resolution zustande:

Resolution: Die am 30. August 1925 in Mannheim tagende Delegiertenversammlung der Süddeutschen Fabrikstellen ersucht den Verbandsvorstand umgehend Schritte zu unternehmen, daß das bestehende Lohnabkommen revidiert wird.

Begründung: Die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung, eine weitere Verteuerung durch Zölle und Währungsveränderungen erfordern eine Revision des Lohnabkommens. Es kann nicht Abhilfe des Schlichters gewesen sein, das Lohnabkommen bis 31. Dezember 1925 unfindbar zu gestalten, wenn in der Zwischenzeit eine große Verteuerung der Lebenshaltung eintritt. Im Punkt Verschiedenes wurde die Verichmelzung des Porzellan- und Glasarbeiterverbandes erörtert. Mannheim wurde als Bezirksvorort gewählt. Hornberg ist als nächster Tagungs-ort vorzuziehen. Mit den Worten, diese Konferenzen sollten jetzt wieder öfter stattfinden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Marktredwitz. Kollegen, die beabsichtigen, bei der hiesigen Firma Fager & Co. in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, vorher bei der Fabrikstellenverwaltung Erkundigungen einzuziehen.

Malsendorf. Der Streik der Maler dauert noch fort. Zugang ist fernzuhalten.

Literarisches.

Die Septembernummer des „Kulturwillen“, der monatlich erscheinenden Bildungszeitschrift des Arbeiterbildungsinstituts Leipzig, daß die gemeinsame Leipziger Bildungsorganisation der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei darstellt, ist erschienen und behandelt das Gebiet der Arbeiterbildung. Sie enthält wertvolle Beiträge von führenden Genossen aus der Arbeiterbewegung, außerdem ist sie wieder reich illustriert und mit Erzählungen ausgestattet. Das Abonnement kostet nur 2,40 Mk., Einzelnummern 20 Pf. Der Kulturwille ist direkt beim Verlag: Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut, Leipzig, Bräunerstr. 17, zu beschaffen.

Banner und Republik behandelt die illustrierte Reichsbannerzeitung in ihrer Nummer 36. Die illustrierte Reichsbannerzeitung ist in jeder Buchhandlung, durch die Post und bei den Ortsgruppen des Reichsbanners zum Preise von 20 Pf. zu haben.

Natur und Liebe. Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. 6. Jahrgang. Nr. 2. Inhalt: Das Individuum. Der proletarische Gott. Zukunft. Gott, Natur, Religion und Kultur. Menschenwürde. Liebe. Preis für 3 Hefen 60 Pf. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover, Jordanstr. 1.

Die Internationale und Sowjetrußland. Die Rückkehr und „Begründung“ des verbannten gemeinen Trotski und anderer politischen Vandalen, zu der sich die Bolschewiki in der letzten Zeit abdrängen haben, lenken die Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiterklasse wieder in erheblichem Maße auf Rußland. Im Zusammenhang damit interessiert — gleichviel, wie man — am russischen Problem stehen mag — eine neue Schrift „Der Kampf um die Internationale und Sowjetrußland“ (Preis 1,50 Mk., 2. Aufl. 2.— Mk.), die im Verlag G. D. W. Diez in Berlin erschienen ist. Kautsky erörtert darin die Stellung der Sozialistischen Arbeiterinternationale zum Bolschewismus, wobei er besonders auf die Aufgaben hinweist, die nach seiner Meinung den der Sozialistischen Arbeiterinternationale angehörenden Parteien erwachsen, in ihrem Wirken zugunsten der Demokratie und der selbständigen Massenbewegung des Proletariats in Rußland. Auch mit der Möglichkeit einer Erhebung gegen das bolschewistische Regimesystem setzt sich Kautsky auseinander. Den vorbereiteten Aufstand als Mittel zur Gewinnung der Demokratie lehnt er ab, verlangt aber, daß die russischen Sozialisten im Falle spontaner Erhebungen die Führung an sich nehmen müssen. Solche spontanen Aufstände liegen sich nach Kautsky weder herbeiführen noch hindern, aber es könnten damit große politische Wirkungen erzielt werden, wenn sie eine große Erhebung erreichen. Kautsky kommt deshalb zu dem Schluß: Die Internationale kann die Teilnahme an allgemeinen Erhebungen dieser Art nicht verurteilen. Late sie es, so würde sie damit die Bolschewerhebung nicht verhindern, wohl aber bewirken, daß die empörten Massen sich ganz der Leitung der Reaktionskräfte anvertrauen, die ebenso wie wir, wenn auch aus verschiedenen Gründen, den Bolschewismus bekämpfen. Wir

wollen an Stelle des Bolschewismus die Demokratie setzen. Die Reaktionskräfte wollen durch ihre eigene Diktatur die der Bolschewistischen Partei verdrängen. Die Internationale wünscht jedoch keineswegs, daß es zu solchen Erhebungen kommt, deren Ausgang ungewiss, deren Verheerungen und Leiden auf jeden Fall ungewiss sind. Sie zieht dem Bürgerkrieg jede andere Art des Druckes vor, durch den die Bolschewiki gedrängt werden könnten, ihre Methoden der Unterdrückung aufzugeben oder doch zu lindern.

Zu beziehen durch den oben genannten Verlag.
Die neue Vierteljahrszeitschrift des Verlages des Bundes freier Menschen, als genossenschaftliches Unternehmen für die werktätige Volksmasse bestimmt: **Körperbildung — Kultur**, Blätter freier Menschen, erscheint im Juli 1925. (Jedes Heft enthält 40 Seiten und 8 bis 12 Kunststücken.) Herausgeber: Adolf Koch und Dr. med. Hans Graas.

Erste Folge: Schrei des Volkes nach Licht. Bilder u. a.: Unser Weg. — Arbeiterin. — Kriege. — Revolution. — Nur wollen. — Verurteilung bei der Gymnastik. — Die Großen beim Spiel. — Gymnastische Übungen. Preis des Einzelheftes: 0,60 Mk. Bezugspreis für vier Hefte: 2,40 Mk. Bestellungen gegen Voreinsendung des Betrages durch den Verlag des Bundes freier Menschen, Berlin SW. 47, Hagelbergstr. 26, und durch die Buchhandlungen.

Versammlungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Fabrikstellenversammlung am Donnerstag, den 17. September, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Staatlichen Porzellanmanufaktur, Wegelstraße am Bahnhof „Tiergarten“. Vortrag des Kollegen Henninger über „Die Konzentrationsbewegungen der feinfaserigen Industrie“.

Adressenänderungen.

Schirning. Vorf.: Karl Hilbner, Maler, Thirheimerstraße 88.

Ausschluß.

Das Mitglied unseres Verbandes, Otto Dreuer, Fabrikstelle, Mitgliedsnummer 17305, ist wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern aus dem Verband ausgesprochen worden. Charlottenburg, den 25. August 1925.

Das Verbandsbüro.

† Sterbetafel †

Marktredwitz. Friedrich Bauer, Porzellanarbeiter, geboren am 11. 12. 1886, gestorben an Herzklappenentzündung und Rheumatismus. Organisiert seit 1911.

Alaue. Gustav Marx, Sortierer, geboren am 15. 2. 1852, gestorben an Altersschwäche. Organisiert seit 1918.

Ehre ihrem Andenken!



Gold u. Silber

und alle in der Porzellanmalerei vorkommenden Abfälle kaufen zu Tagespreisen

Otto & Hellmut Helfert, Gold-Schmelzwerk, Zwickau i. Sa.

Alle goldhaltigen Rückstände werden angekauft und das Gramm Feingold mit 2,78 Mk. bezahlt.

Eingehende Sendungen werden auf das prompteste erledigt.

Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa., Werdaerstr. 25. (108/37)

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.

Goldschmelzwerk / Begründet 1891

kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle

ältestes Einkaufsgeschäft dieser Art

(212/37)

Goldabfälle jeder Art

(176/38)

wie Lappen, Schmiere, Asche, gebranntes Gold, Glaschen usw. werden bei guten Preisen gekauft. Flüssige Glanzgold- und Poliergold-Originalflaschen werden gekauft und dafür hohe Preise bezahlt.

H. Langhammer, Goldschmelzwerk, Zwickau i. Sa.

	Preise per Meter
Hemden-Flanell, sehr starke Qualität	70 cm breit 0,75 Mk.
Hemden-Flanell, feinste Streifen	80 " " 0,98 "
Hemden-Flanell, beste Qualität	80 " " 0,95 "
Hemden-Flanell, allerbeste Qualität	80 " " 1,08 "
Handtücher, Gerfentoren	42 " " 0,58 "
Handtücher, beste Qualität, in jeder Farbe, 10-Gebind	0,98 "
Handtücher, 105 cm lang	1,25 Mk., allerbeste 2,90 "

Alle Artikel sind prima Qualitäten. Geld zurück, wenn Ware nicht paßt oder anderswo billiger ist. Versand ab 10.— Mk. sofort, bei 20.— Mk. portofrei. (244/37)

Willy Dreier, Webwaren, Weiden in Oberpfalz.

Josef Scherer, Glauchau i. Sa.

Direkte Einfuhr in Schwämmen.

Reelle und billigste Bezugsquelle für die keramische Industrie. (257/37)

Maler, an flottes sauberes Arbeiten gewöhnt, firm in Fond, Staffage, Dekor, Stempel, Rand, Wand sucht auf Porzellan oder Steingut Stellung. — Angebote unter „F. 157“ an „Die Ameise“ erbeten.

Tüchtiger, erfahrener Brenner, bewandert im Einsetzen, sowie mit allen Arbeiten im Brennhaus und Glühboden vertraut, sucht Stellung als Oberbrenner. Selbiger ist ordnungsliebend, nüchtern, strebsam. Angebote unter „F. 162“ an „Die Ameise“.

Gratulation. Unserer lieben langjährigen Kollegin Frau line Michel, die am 8. September ihr 70. Lebensjahr vollendet, gratulieren wir aus herzlichsten und wünschen ihr noch recht frohe Stunden im Kreise ihrer Familie. Sie ist schon 38 Jahre ununterbrochen in der hiesigen Porzellanfabrik beschäftigt und nahezu 15 Jahre organisiert.

Die Kollegen und Kolleginnen der Fabrikstelle Freilwaldau Nr. Sagan.

Anruf!

Unser Kollege Ernst Baumeier ist schon über 20 Jahre krank, erwerbsunfähig und aus allen Krassen ausgesteuert. Die Fabrikstelle hat schon ihr Möglichstes getan, deshalb bitten wir auch die anderen Fabrikstellen im Reich um eine kleine Unterstützung. Gelder wollen man senden an Kassierer Andreas Hoffmann, Schlenkerstr. 18. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Unsere alten Kolleginnen Luise Rauch, Ida Vorhammer und Emma Speer sind seit 1 1/2 Jahren krank, in allen Krassen ausgesteuert und befinden sich in großer Notlage. Die Fabrikstelle hat ihr Möglichstes getan; jedoch reichen die Mittel bei weitem nicht aus. Wir bitten daher die anderen Fabrikstellen, ihr Schicksal zur Linderung der Not beizutragen. Gelder sind zu senden an Willy Strüben, Tiefenfurt i. Schl. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Quittungen.

Für den Kollegen Paulus Freil gingen noch ein von der Fabrikstelle Grünstadt 2 Mk. Bereits quittiert 90.— Mk. Summa: 101.— Mk. — Vielen Dank.

Silmar Heinrich, Arzberg.

Für unseren kranken Kollegen Ernst Ehrenhold gingen folgende Beträge ein: Arzberg 5.—; Marktredwitz 4.—; Vordamm, Tiefenfurt, Mitterteich, Stadtlengsfeld, Zeltow, Zwickau, Annaburg, Alaue, Spandau, Waldburg, Berlin, Rodach, Hennigsdorf je 3.—; Planfenhain, Velten, Grünstadt, Zeltow, Meuselwitz, Koblau je 2.—; Kirchenlamitz 1,50 Mk. Summa: 61,50 Mk.

Allen Gebern im Namen des Kollegen Ehrenhold und der Fabrikstelle Mühschen besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen. Ditto Weiser, Kassierer, Mühschen.

Für den Kollegen Gude gingen folgende Beträge ein: Arzberg 5.—; Marktredwitz 4.—; Tiefenfurt, Zeltow, Annaburg, Stadtlengsfeld, Mitterteich, Spandau, Zwickau, Waldburg, Hennigsdorf, Berlin, Rodach, Alaue, Vordamm je 3.—; Koblau, Grünstadt, Planfenhain, Velten, Meuselwitz je 2.—; Kirchenlamitz 1,50 Mk. Summa: 59,50 Mk. Die Sammlung ist geschlossen. Im Namen des Kollegen Gude und der Fabrikstelle Margarethenhütte den Gebern besten Dank. S. A.: Robert Pirkan, Kassierer.

Fabrikarbeiter sparen Geld

Wenn Sie in der Fabrik meine Industriehüte tragen. Mit 9a, ein Segelstich mit starker Lederhülle und Zwillingshülle, Zwillingshülle, Lederhülle und Spange. Dieser Schuh ist billiger als ein Paar neue Sohlen auf ein Paar Lederhüllen. In Haltbarkeit unübertroffen. Glasarbeiter tragen diese Schuhe seit Jahren und sind sehr zufrieden, was am besten durch die große Nachfrage bewiesen wird. Außerdem empfehle ich Segelstichhüte mit Leder-, Chromleder- und Gummi-Sohlen für den Sport, für die Straße und für das Haus. Blüsch- und Lederpantoffeln. Silbige Stiefelpantoffeln mit Pompon, Lederhüllen, Marke „Sylla“, die gute Passform. Handgemachte Lederhüllen, beste Wanderschuh. Verlangen Sie noch heute meine neueste Zeitschrift, aus der Sie alles nähere erfahren. Karl Kiege, Weißwasser, Pantoffelfabrik und Schuhwerk.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der

Volksfürsorge

Gewerkschaftl. — Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

Hamburg 5.

Goldschmied, Goldplatten, Asche und Goldfächer

und alle in der Vergolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher und reeller Bedienung (207/37)

Oskar Rottmann

Stadtfilm in Thüringen.

Offertiere hierdurch für Porzellan- und Steingutfabriken, gegen ein Zahlungsziel von 1 bis 3 Monaten: Flache glatte, fachmännisch bearbeitete prima Bismarck-Dreherhülle, per 100 Stück 45, 75, 100 u. 125 R.-Mk.; größere u. mittlere volle prima Bismarck-Bismarckhülle, das Stilo 80 bis 150 R.-Mk.; feinste größere u. mittlere prima Bismarckhülle; prima Bismarckhülle „Gesamter-ohren“; kleine flache und glatte prima Bismarckhülle, per 100 Stück 20, 30 und 40 R.-Mk.; feinstgroße weiche prima Bismarckhülle (auch für Trudereien und Glanz geeignet), das Stilo, 75 Stück enthaltend, 60 R.-Mk. Auf Wunsch auch Anliefsentwürfen, von welchen nicht konvenierende Positionen innerhalb 1 Woche zurücknehmen. D. Mischel, Schwammgroßhandlung, Berlin G. 25, Bismarckstr. 42.

Dresdener Blumenmaler, lebig, 29 Jahre, 3 Jahre in jetziger Stellung, sucht sich zu verändern. Würde sich auch in anderen Dekorationszweigen einarbeiten. Angebote an „Die Ameise“ unter „F. 161“ erbeten.

Junger Steingutmaler, 20 Jahre alt, sucht Stellung. Derselbe ist im Besitz von zufriedenstellenden Zeugnissen und firm in allen Untergrundarbeiten der Malerei, hauptsächlich Wandmalerei. Offertieren an „Die Ameise“ unter „F. 165“.

Zwei Jungmaler, 22 Jahre alt, an sauberes und flottes Arbeiten gewöhnt, suchen ihre Stellung zu verändern. Offertieren unter „F. 159“ an „Die Ameise“ erbeten.

Mehrere tüchtige Dreher (auf Hotelgeschirr) suchen Stellung. Angebote unter „F. 160“ an „Die Ameise“ erbeten.

Tüchtiger Einrichter, Mitte 30er, firm in allen Arbeiten, speziell in figürlichen Luxus (Nachschule absolviert), sucht sich zu verändern. Angebote unter „F. 161“ an „Die Ameise“ erbeten.

Maler, 22 Jahre alt, lebig, perfekt in Untergrundmalerei, Engobe- und Schmelzmalerei, sucht sofortige Stellung. Angebote sind zu richten an Josef Kraker, Maler, Mering bei Augsburg (F. 158).

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henninger.

Charlottenburg I. Breststr. 2-5. — Verlag: Wilh. Herder.

Charlottenburg I. Breststr. 2-5.

Druck: C. Janiszewski, Berlin SW., Elisabethufer 28/29.